

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 98/99
Telex: 8 96 846 ppbn d
Telefax: 21 06 04

Inhalt

Michael Müller MdB zu den Folgen des Treibhauseffektes für den Rhein: Alarmierende Veränderungen im Wasserhaushalt.

Seite 1

Edelgard Bulmahn MdB zur Forschungspolitik der Bonner Koalition: Zukunftsfähigkeit unseres Landes gefährdet. (Teil II und Schluß)

Seite 2

Horst Sielaff MdB zu Horrormeldungen des "Deutschen Ostlandes" über die Lage der Deutschen in den mittelasiatischen Sowjetrepubliken: Im Widerspruch zu den Tatsachen.

Seite 5

Dieter Schanz MdB zur Notwendigkeit, die Bonner Südostasienpolitik zu korrigieren: Mittelstreichung für Vietnam rückgängig machen.

Seite 6

46. Jahrgang / 169

4. September 1991

Alarmierende Veränderungen im Wasserhaushalt Zu den Folgen des Treibhauseffektes für den Rhein

Von Michael Müller MdB

Sprecher der SPD-Fraktion in der Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre" des Deutschen Bundestages

Erneut gibt der Niedrigwasserstand des Rheins und anderer Flüsse Anlaß zu Sorge. Im längeren Trend ist seit Jahren ein Absinken zu verzeichnen. Derzeit liegt der Rhein knapp zwei Meter unter dem Durchschnittsstand der 60er Jahre und sinkt mit etwa 5 cm pro Tag weiter ab. Auch in den letzten warmen Jahren waren durch längere Trockenzeiten im Spätsommer und Frühherbst niedrige Wasserstände zu verzeichnen. Neben diesen Veränderungen im Wasserregime der Flüsse war auch ein Absinken des Grundwassers und eine Verschlechterung in der biologischen Bodenbeschaffenheit festzustellen.

Die Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre" weist in ihrem dritten Bericht auf alarmierende Veränderungen im Wasserhaushalt hin. Durch die industriellen Anreicherungen im Treibhauseffekt nehmen einerseits Verdunstungen zu und andererseits trocknen die Böden aus. Neben den unmittelbaren Auswirkungen zum Beispiel auf die Schifffahrt reduzieren sich dadurch die wertvollen Grundwasserreserven und verschlechtert sich die Nährstoffversorgung der Böden. Weil der Sauerstoff-Sättigungswert und die physikalische Befüllung abnehmen, finden beispielsweise auch Pflanzen weniger Halt im Boden und sind gegen Windstürme weniger widerstandsfähig.

Der Wasserhaushalt in unseren Regionen ist vor allem von den Speicherungs- und Schmelzvorgängen in den Alpen und Mittelgebirgen abhängig, wodurch die Wasserführung der Flüsse reguliert wird. Seit Mitte der 80er Jahre verschiebt sich durch die im Schnitt höheren Wintertemperaturen die Schnee- und Eisgrenze in den Gebirgszonen, dadurch verkürzt sich die entsprechende Speicherzeit von Wasser. Zusammen mit den geringeren Niederschlägen im Sommer hat dies fatale Auswirkungen auf die Wasserstände der Flüsse, Grundwasserbildung und biologische Beschaffenheit der Böden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Veröffentlichte Ausgabe
mit wertvollem Rohstoff
Kaschierpapier



Hieran zeigt sich, daß der menschenbedingte Anstieg der Erdtemperaturen auch in unseren Breiten sehr negative Auswirkungen haben wird: Zunahme von Stürmen im Winterhalbjahr und die Verschlechterung der Wasserverfügbarkeit im Sommer/Herbst und generell der Bodenbeschaffenheit. Nach den der Klima-Enquete vorliegenden Studien muß in den nächsten Jahren mit einem weiteren Absinken der Flußwasserstände und einer Abnahme der nutzbaren Grundwasservorräte vor allem in Nord- und Westdeutschland gerechnet werden.

An diesen Trends wird deutlich, daß konsequente Maßnahmen zum Schutz des Klimas auch im eigenen Interesse der Bundesrepublik liegen. Die zunehmenden Eingriffe in das Klimasystem führen nicht zu "angenehmen Mittelmeertemperaturen", sondern zu einer gefährlichen Destabilisierung der Wetterbedingungen. Das Bundeskabinett hat vor einem Jahr die Absicht beschlossen, bis zum Jahr 2005 eine 25prozentige Reduktion der energiebedingten Treibhausgase durchzusetzen. Außer der ständig von Herrn Töpfer wiederholten Ankündigung hat sich jedoch praktisch nichts getan, ein Jahr ist verloren gegangen. Deshalb ist es dringend erforderlich, daß sich das Parlament schnell auf die Empfehlungen der Klima-Enquete verständigt, um die Bundesregierung zum Handeln zu zwingen.

(-/4. September 1991/rs/ks)

Zukunftsfähigkeit unseres Landes gefährdet
Zur Forschungspolitik der Bonner Koalition (Teil II)

Von Edelgard Bulmahn MdB

Stellvertretende forschungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Deutschen
Bundestag

Deutliche Einschnitte in der Förderung der universitären Forschung

Basorgniserregend ist die Entwicklung der universitären Forschungsförderung. Obgleich Forschung an den Universitäten aufgrund stagnierender und zugleich unzureichender Grundausstattungsmittel vielfach nur noch durch die Einwerbung von Drittmitteln durchgeführt werden kann, haben die Sparmaßnahmen des BMFT erhebliche Konsequenzen für das Innovationspotential der Hochschulen. Mit 744,1 Mio. DM hatten die Projektfördermittel des BMFT einen Anteil von etwa 25 Prozent an den gesamten Drittmitteln, über die die Universitäten 1990 verfügen konnten. Geht man davon aus, daß das BMFT im kommenden Jahr knapp 18 Prozent der Projektfördermittel in die Neuen Bundesländer bei gleichzeitiger Kürzung der Gesamtmittel um 24,2 Mio. DM lenken will, so müssen die Universitäten im alten Bundesgebiet allein im kommenden Jahr einen Ausfall von 58,7 Mio. DM an BMFT-Projektmitteln gegenüber dem Vorjahr verkraften. Bis 1995 dürften die Hochschulen nominal 23 Prozent und real 30,4 Prozent ihrer 1990 vom BMFT gezahlten Projektmittel verlieren.

Rückwirkungen hat auch die Plafondierung der Mittel bei den Großforschungseinrichtungen. Sie gefährdet den in den vergangenen Jahren ausgebauten Verbund zwischen Hochschulen und außeruniversitärer Forschung, in dessen Rahmen die Großforschungseinrichtungen nicht zuletzt einen erheblichen Beitrag zur Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses geleistet haben. Mit der Plafondierung dürften zudem die Stellen für Doktorandinnen und Doktoranden sowie für Diplomandinnen und Diplomanden bei den Großforschungseinrichtungen drastisch verringert werden, so daß auch hier dem wissenschaftlichen Nachwuchs die Existenzgrundlage entzogen wird.

Die Situation wird schließlich noch dadurch verschärft, daß bei der DFG die Schere zwischen wissenschaftlich gerechtfertigtem - weil positiv begutachtetem - Forschungsbedarf und verfügbaren Mitteln immer weiter auseinanderklafft. Real gleichbleibenden Mitteln steht auf der anderen Seite ein wachsender Bedarf gegenüber. Allein in den ersten sechs Monaten dieses

Jahres stiegen die Anträge in Westdeutschland auf Forschungsförderung bei der DFG um 11,5 Prozent, vom beantragten Volumen her sogar um 21,6 Prozent gegenüber dem gesamten Vorjahr. Nachdem die eingereichten Anträge zunächst positiv beurteilt wurden, erhalten die Antragstellerinnen und Antragsteller schließlich eine Ablehnung. Nach Schätzungen der DFG dürfte die Bewilligungsquote in diesem Jahr einen historischen Tiefstand erreichen und um rund 35 Prozentpunkte niedriger liegen als in den 60er Jahren. Betroffen von den Finanzierungsengpässen ist vor allem der wissenschaftliche Nachwuchs. Der Präsident der DFG, Prof. Dr. Markl, wies in diesem Zusammenhang auf der diesjährigen Jahresversammlung der DFG darauf hin, daß eine um 2 Prozentpunkte niedrigere Bewilligungsquote 1000 Doktorandinnen und Doktoranden oder 500 Postdoktorandinnen und Postdoktoranden die Finanzierungsgrundlage entzieht.

Gefährdung des Modells Fraunhofer

Unter die Räder der Bonner Forschungspolitik gerät auch die von Forschungsminister Riesenhuber immer wieder als Modell für andere Forschungseinrichtungen hingestellte Fraunhofer-Gesellschaft. Die mittelfristige Finanzplanung des BMFT sieht bis 1995 mit einem Aufwuchs der Grundfinanzierung um 59,1 Mio. DM gegenüber 1990 zwar wiederum ein sattes Wachstum um 32,8 Prozent vor, hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Grundfinanzierung nur etwa zwischen 10 und 20 Prozent der Aufwendungen der zivilen Institute deckt. Der große Rest wird über Projekte erwirtschaftet, die etwa jeweils zur Hälfte aus der Industrie bzw. aus dem BMFT stammen. In zahlreichen Fällen handelt es sich dabei um Verbundprojekte des BMFT, die gemeinsam durch Industrie und BMFT finanziert werden. Der Umfang der Grundfinanzierung orientiert sich wiederum an dem Volumen der eingeworbenen FuE-Projekte.

Anders als bei den Großforschungseinrichtungen greifen deshalb bei den Fraunhofer-Instituten nicht die Einschnitte bei der Grundfinanzierung, sondern die Kürzungen bei der Projektförderung des BMFT. 1990 förderte das BMFT bei der FhG Projekte in Gesamthöhe von 139,1 Mio. DM. Abhängig von der BMFT-Förderung ist der entsprechende Mitfinanzierungsanteil von Unternehmen im Rahmen von Verbundprojekten. Er lag im gleichen Jahr bei 12,7 Mio. DM. Insgesamt entfielen damit rund 25,9 Prozent des Etats der FhG von 585 Mio. DM für Vertragsforschung (ohne BMVg-Institute) auf BMFT-Projekte und damit in Zusammenhang stehenden Verbundprojekten. Wenn die Bundesregierung künftig 18 Prozent der Projektfördermittel in die neuen Bundesländer vergeben will, so müssen die FhG-Institute innerhalb von wenigen Monaten einen Ausfall von 15,3 Mio. DM wettmachen.

Die Situation dürfte sich nach den bisherigen Planungen im BMFT noch verschärfen. Bis 1995 müssen die westdeutschen Fraunhofer-Institute mit einem Ausfall von nominal 13 Prozent und real 30 bis 35 Prozent der 1990 noch erhaltenen Projektmittel rechnen. Da die Höhe der Grundfinanzierung von dem Erfolg bei der Einwerbung von Projektmitteln abhängig ist, ergäbe sich ein verhängnisvoller Teufelskreis, der noch dadurch verstärkt wird, daß die Mittel der BMVg finanzierten Institute stagniert, so daß die notwendige Konversion der Institute nicht vorankommt. Im Ergebnis steht schlichtweg das Modell Fraunhofer zur Disposition.

Schon jetzt sehen verschiedene Fraunhofer-Institute für 1992 erhebliche Schwierigkeiten auf sich zukommen. Bereits zugesagte Projekte wurden ganz gestrichen, andere - selbst im Bereich der Mikroelektronik - vorzeitig beendet, positive begutachtete Vorhaben liegen auf Eis oder werden nicht bewilligt. Wenn in einzelnen Instituten fest in den Haushalt des kommenden Jahres eingeplante Projektfördermittel in Höhe von 20 Prozent und mehr des geplanten Haushaltes ausstehen, so zeigt das, wie groß die Unsicherheiten über die künftige Entwicklung geworden sind. Eine Unsicherheit, die noch dadurch verstärkt wird, daß Instituten durch die jeweiligen Projektträger mitgeteilt wird, daß die Projektförderung bis Ende 92 in den alten Bundesländern auf begründete Ausnahmefälle beschränkt werden soll und der Vorstand der FhG in einem Rundschreiben an die Institutsleitungen darauf hinweist, daß die Förderquote in

den Bereichen Informations- und Produktionstechnik, Arbeitsbedingungen und neue Technologien generell auf 75 Prozent gekürzt werden soll.

Die kurzfristige und massive Kürzung der Projektfördermittel und die anhaltende Unsicherheit über den tatsächlichen Umfang der im kommenden Jahr zur Verfügung stehenden Projektfördermittel macht es den Fraunhofer-Instituten unmöglich, sich den veränderten Bedingungen ohne eine gravierende Beeinträchtigung ihrer Innovations- und Leistungsfähigkeit anzupassen. Die Grundfinanzierung kann schon von ihrem Umfang her nicht zum Ausgleich herangezogen werden, zudem ist sie bereits infolge der Entwicklung der letzten Jahre weitgehend zweckgebunden und würde den geringen Anteil an Eigenforschung noch weiter begrenzen. Eine noch stärkere Einwerbung von Industrieaufträgen läßt sich nicht von heute auf morgen umsetzen. Die Folge auch hier: Entlassungen sind nicht mehr auszuschließen, bewährte Forschungsteams werden auseinandergerissen, wichtige Themenfelder können nicht mehr bearbeitet werden.

Auch wenn es mittelfristig gelingen sollte, die Kürzungen der BMFT-Förderung durch die vermehrte Einwerbung von Industrieaufträgen auszugleichen, so ist die Aufgabe des bisherigen Mix von Grundfinanzierung, öffentlicher und industrieller Forschungsprojekte unter forschungspolitischen Gesichtspunkten fragwürdig. Industrieaufträge sind meist kurzfristig angelegt und auf unmittelbare Umsetzung hin ausgerichtet, BMFT-Projekte hingegen stärker auf die Gewinnung grundlegender Erkenntnisse, auf die Prüfung von Ergebnissen der Grundlagenforschung im Hinblick auf ihre Eignung für neuartige Anwendungen, auf die Erprobung neuer Methoden, auf die Untersuchung der sozialen und ökologischen Folgen bestimmter Technologien.

Eine überproportionale Steigerung des Anteils der industriefinanzierten Auftragsforschung würde damit nicht nur den gesellschaftlich dringend erforderlichen Ausbau der anwendungsorientierten Vorsorgeforschung gefährden, sie würde zugleich das Innovationspotential der Institute schwächen, da immer weniger Zeit und Möglichkeiten für die Vorlauforschung zur Verfügung stünden. Die Folge: Einzelne Institute nehmen immer stärker den Charakter von Unternehmensberatungen an. Eine solche Entwicklung wäre nicht nur unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten problematisch, sie würde viele und zugleich besonders leistungsfähige Mitarbeiter/innen zur Abwanderung veranlassen, da sie keinerlei Möglichkeit mehr zur wissenschaftlichen Weiterqualifikation vorfinden. Eine gesteigerte Abhängigkeit von industriellen Aufträgen gefährdet schließlich die wissenschaftliche Unabhängigkeit der Institute, die in besonders sensiblen Bereichen wie etwa des Umweltschutzes oder der Gesundheitsforschung zu Gefälligkeitsgutachten oder zur Nichtveröffentlichung ihrer Untersuchungsergebnisse veranlaßt sein könnten.

Kurawechsel in der Forschungspolitik überfällig

Die Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik darf durch Sparsamkeit am falschen Ende und durch eine verfehlt Schwerpunktzug in der Forschungspolitik nicht weiter gefährdet werden. Eine aktive Forschungspolitik erfordert ausreichende Haushaltsmittel und andere Schwerpunktzugungen. Sie muß sich an den Herausforderungen unserer Zeit - wie die Bewältigung der globalen Umweltprobleme und der Probleme in den Ländern der Dritten Welt - orientieren, die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft vorantreiben, zur Schaffung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in Gesamtdeutschland beitragen und mehr Gewicht auf diejenigen Forschungsgebiete legen, die für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik von entscheidender Bedeutung sind. Deshalb müssen

- die Haushaltsmittel des BMFT im kommenden Jahr auf mind. 10 Mrd. DM erhöht und innerhalb des Haushaltes erhebliche Mittelumschichtungen vorgenommen werden;
- die Ausgaben für die bemannte Raumfahrt deutlich zusammengestrichen und auf ein

- verantwortbares und vernünftiges Maß begrenzt, die Entwicklung von Hermes abgebrochen und das Columbusprogramm erheblich verkleinert werden;
- die Mittel für Forschungsvorhaben des BMVg drastisch zurückgefahren und im kommenden Jahr Mittel in Höhe von mind. 0,5 Mrd. DM umgewidmet und zur Aufstockung des BMFT-Haushaltes herangezogen werden;
 - zusätzliche Mittel für den Aufbau einer leistungsfähigen und ausgewogenen Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern bereitgestellt werden;
 - Umweltforschung, Gesundheitsforschung, das Programm Arbeit und Technik, die Entwicklung von Energiespartechniken und erneuerbaren Energien sowie der Technologietransfer in die Dritte Welt aber auch nach Osteuropa ausgebaut werden;
 - Forschungs-, Industriestruktur-, Umwelt-, Verkehrs-, Steuer- und Regionalpolitik besser miteinander abgestimmt und zu einem zukunftsorientierten industriepolitischen Gesamtkonzept verbunden werden;
 - breitenwirksame Programme im Bereich der Querschnittstechnologien ausgeweitet werden.

(-/4. September 1991/rs/fr)

Im Widerspruch zu den Tatsachen

Zu Horrormeldungen des "Deutschen Ostdienstes" über die Lage der Deutschen in den mittelasiatischen Sowjetrepubliken

Von Horst Sietaff MdB

In seiner neuesten Ausgabe behauptet der "Deutsche Ostdienst" (DOD) des Bundes der Vertriebenen, es gebe einen verstärkten Vertreibungsdruck auf die Deutschen in der UdSSR. Wörtlich heißt es in der BdV-Publikation: "Das wachsende nationale Selbstbewußtsein einiger Völker der Sowjetunion, zum Beispiel in Mittelasien, richtet sich immer mehr darauf, Fremdstämmige aus entsprechenden Gebieten zu verdrängen. Der Vertreibungsdruck auf die Rußlanddeutschen verstärkt sich."

Dem steht entgegen: In einer dieser mittelasiatischen Republiken, in Kirgizstan, wo über 100.000 Deutsche leben, hat die neue politische Führung den Austausch von Besuchergruppen und Schülern sowie Künstlergruppen zwischen Deutschen schon in der Vergangenheit kräftig unterstützt. Als im dortigen Parlament ein Gesetz den Erwerb von Grund und Boden regeln sollte, und Parlamentarier einen Entwurf einbrachten, der Deutsche und andere Nationalitäten benachteiligt hätte, legte der Präsident Akajew Einspruch ein. Bei einem Treffen kürzlich mit mir versicherte der Präsident der Republik Kirgizstan, daß er dieses Gesetz korrigieren werde, sodaß die Deutschen nicht benachteiligt würden. Jetzt, in diesen Tagen, beschloß das Parlament von Kirgizstan, daß der Boden in der Republik nicht nur dem kirgisischen Volk gehört, sondern allen Nationen, die dort leben.

Präsident Akajew hat Wort gehalten. Jetzt sucht er engeren Kontakt mit der Bundesrepublik Deutschland; mit Rheinland-Pfalz sollen erste Kontakte geknüpft werden. Nicht nur um den Deutschen in Kirgizstan engere Bindung an ihre und die Heimat der Vorfahren zu ermöglichen, sondern, um auch den anderen Nationalitäten zu zeigen: die Brücke der Deutschen in der UdSSR zur Bundesrepublik Deutschland bringt Kontakt und Nutzen für alle Menschen in Kirgizstan. In wenigen Tagen wird eine weitere Besuchergruppe aus Kirgizstan, organisiert durch das Zentrum Deutscher Kultur, das der Club der Deutschen in Kirgizstan ist, bei Familien in Rheinland-Pfalz weilen. Eine Architektengruppe und der bekannteste Künstler deutscher Nationalität, Theodor Herzen, werden im Oktober folgen. Es ist unredlich, von einem

verstärkten Vertretungsdruck zu reden, wenn sich die Tore öffnen und der trennende Charakter von bestehenden Grenzen allmählich überwunden wird.

(-/4. September 1991/rs/ks)

Mittelstreichung für Vietnam rückgängig machen
Zur Notwendigkeit, die Bonner Südostasienpolitik zu korrigieren

Von Dieter Schanz MdB

Wurden bisher die militärische Intervention in Kambodscha und die Anerkennung der sogenannten Berlin-Klausel als Hinderungsgrund für eine Entwicklungszusammenarbeit mit Vietnam sowie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen von der Bundesregierung genannt, so ist jetzt eigentlich beides möglich: Vietnam hat sich bereits 1989 aus Kambodscha zurückgezogen, der Friedensprozeß in Kambodscha ist auf dem besten Weg und läßt hoffen, bald mit der Durchführung freier Wahlen und der Einführung einer neuen Verfassung sein Hauptziel erreicht zu haben; dies ist unter anderem auch der sehr wohlwollenden und unterstützenden Haltung Vietnams gegenüber diesem Demokratisierungsprozeß zu verdanken.

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands entfällt die sogenannte Berlin-Klausel. Ich frage mich, warum die Bundesregierung weiterhin eine wirtschaftliche und diplomatische Zusammenarbeit mit Vietnam blockiert. Diese Haltung belegt meine häufig formulierte These, daß es der Bundesregierung beziehungsweise dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) an einer Politikkonzeption für Vietnam sowie für die gesamte Region Asien mangelt.

Mit Erschrecken mußte ich Pressemitteilungen entnehmen, daß dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit nunmehr ein neuer Grund für die Nicht-Gewährleistung von Entwicklungshilfe eingefallen ist. Dieses Mal mißfallen Herrn Spranger das politische System und außerdem sei die Militarisierung auch noch zu stark. Sicherlich wird Vietnam auf dem Weg der Liberalisierung der Wirtschaft und der Demokratisierung der Gesellschaft insgesamt noch große Leistungen erbringen müssen; jedoch darf man nicht übersehen, daß wesentliche Schritte in diese Richtung bereits getan sind und dieser Prozeß auch eine Unterstützung von der Bundesrepublik verdient, zumal dies für die guten Beziehungen zur Region Asien insgesamt nicht von Übel sein dürfte.

Ich kann nicht nachvollziehen und es politisch auch nicht gut heißen, wenn in der deutschen Außenpolitik, Außen-Wirtschaftspolitik und wirtschaftlichen Zusammenarbeit offensichtlich mit zweierlei Maß gemessen wird: so brauchen die baltischen Staaten beispielsweise lediglich zu erklären, daß sie sich vom Sozialismus/Kommunismus abwenden und schon werden ihnen die diplomatischen und wirtschaftlichen Türen geöffnet; Vietnam und auch Kambodscha hingegen, die konkret Schritte in Richtung Demokratisierung und Marktwirtschaft eingeleitet und erste Ergebnisse vorzuweisen haben, ihnen scheinen diese Tore noch für lange Zeit verschlossen zu bleiben.

Dies darf nicht weiter erklärte Politik der Bundesregierung und des BMZ sein, zumal bereits 1989 eine von SPD und CDU/CSU gemeinsam verabschiedete Beschlussempfehlung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Bundesregierung auffordert über humanitäre Hilfeleistungen hinaus, konkrete Schritte zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit einzuleiten.

Die Realisierung dieser Politikempfehlung fordere ich ein und rufe den Bundesminister Spranger auf, seine Mittelstreichung für Vietnam rückgängig zu machen.

(-/4. September 1991/rs/ks)
